



Kampagnenkoordination  
c/o AG Frieden  
Pfüthenstr. 1  
54290 Trier  
T.0651/9941017  
buero@agf-trier.de  
[www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de](http://www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de)

**Pressemitteilung**

**Trier/Mainz 3. Februar 2011**

Friedenspolitische Kampagne zur Landtagswahl gestartet:

## **Ende der Bundeswehr-Schul-Kooperation gefordert**

Die Rücknahme des Kooperationsabkommens der SPD-Landesregierung mit der Bundeswehr ist die Hauptforderung der gestern in Mainz vorgestellten Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Friedensbildung statt Militarisierung“. Die Kampagne kritisiert eine Kooperationsvereinbarung des Landes mit der Bundeswehr vom 25. Februar 2010. Im Schülercafés der Katholische Jugendzentrale erläuterten vier Vertreter der 16 beteiligten Kampagnenträger von Friedensinitiativen, kirchlichen und politischen Organisationen sowie Lehrer- und Schülervertretungen die Kampagne: „Die von der Öffentlichkeit bisher weitgehend unmerklich unterschriebene Vereinbarung ermöglicht der Bundeswehr einen verbesserten Zugang zu Schülern und bindet sie in die Lehreraus- und fortbildung ein. Diese Bevorzugung widerspricht Grundregeln politischer Bildung und dem Schulgesetz und gehört beendet, dies ist für uns ein Wahlprüfstein für die Landtagswahl. Wir wollen über den zunehmenden Werbefeldzug der Bundeswehr aufklären und Schüler, Eltern und Lehrer dazu ermutigen, sich für eine Schule ohne Bundeswehr einzusetzen.“ erläutert Markus Pflüger von der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier die Ziele der Kampagne.

Klaus-Peter Hammer, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz unterstrich die Forderung nach Aufkündigung der Kooperationsvereinbarung: „Die Kooperation ist ein falsches Signal, die Bundeswehr erhält mit dieser Kooperation ein Alleinstellungsmerkmal, politische Bildung muss in den Händen pädagogischer Fachkräfte bleiben.“

Patrick Simon von der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz ergänzte: „Schülerinnen und Schüler werden meist nicht gefragt, bevor die Bundeswehr kommt, und bei den Bundeswehrveranstaltungen herrscht Anwesenheitspflicht: das ist nicht akzeptabel. Die LSV will selbstbestimmtes Lernen und eine demokratische Schule, die kritisches Denken fördert - die Bundeswehr ist dagegen autoritär, Befehle müssen ausgeführt werden, die Bundeswehr passt also nicht in die Schule. Zudem wird das Werbeverbot oft durch die Jugendoffiziere missachtet, ihr Besuch bedeutet eine indirekte Werbung bis hin zu direkter Rekrutierung im inoffiziellen Teil.“

Dr. Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Rheinland-Pfalz wies besonders auf die Vortragstour durch Rheinland-Pfalz hin: „In Ludwigshafen, Worms, Kusel, Mainz, Koblenz, Trier und Neuwied werden wir mit Veranstaltungen über die Werbeoffensive der Bundeswehr an Schulen aufklären. Weitere Aktionen, Plakate und Faltblätter sowie Hintergrundinformationen und Material wie ein Musterbefreiungsantrag für Eltern bzw. Schüler sind auf der Homepage der Kampagne zu finden: [www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de](http://www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de) .“

**Weitere Informationen zum Thema: <http://www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de/>**